

Arbeitsplatzvernichtung ist nicht „unausweichlich“, Herr Kroos!

Das de facto Demonstrations- und Kundgebungsverbot wegen der Corona-Pandemie wird vom Vorstand von Thyssenkrupp auf skandalöse Weise ausgenutzt.

Nachdem Frau Merz und IGM-Burkhard das AUS für Grobblech (800 Arbeitsplätze) bei Thyssenkrupp Steel in DU-Hüttenheim beschlossen haben, verkünden sie nun: AUS für 330 KollegInnen bei Thyssenkrupp Federn in Lütringhausen / Olpe. Die restlichen Aufträge sollen die KollegInnen in Ruhe bis Ende 2021 abarbeiten, bis die Arbeitsplätze weg sind und das Werk geschlossen wird. Ein Herr Dr. Kroos vom Business Area Automotive Technology versucht uns das AUS als „unausweichlich“ und „richtig“ darzustellen. „Richtig“ ist das nur nach der Profit-Logik der Kapitalisten, nicht für das Leben der ArbeiterInnen und Angestellten.

Thyssenkrupp will mehr Profit

Die Aufhebung des Artikel 8 Grundgesetz darf nicht dazu führen, dass Arbeitsplatzvernichtung und Werkschließungen ohne die Möglichkeit zur Gegenwehr durchgezogen werden. Genau das passiert bei Thyssenkrupp Federn: Insgesamt 490 Arbeitsplätze sollen vernichtet werden, davon 160 am Standort Hagen (von 400). Dort soll die Produktion von Federn und Stabilisatoren künftig konzentriert und automatisiert werden. Der TK-Vorstand will höhere Marktanteile und Profite erzielen.

Das ist eure Mitbestimmung?

Die Art des Vorstands von Thyssenkrupp, den KollegInnen die Werkschließung zuerst über eine Pressemitteilung bekannt zu machen, bevor sie es von ihrer Geschäftsführung erfahren, straft alle Sprüche über Mitbestimmung Lügen. Wer bezweifelt noch, dass das Klassenkampf von oben ist? Und in diesem Vorstand sitzt ein IG-Metaller als Arbeitsdirektor!

Die passende Antwort an Kroos

Der Artikel 8 Grundgesetz garantiert das Recht auf Versammlungsfreiheit. Dieser Artikel ist wegen der Corona-Pandemie weitgehend außer Kraft gesetzt. Größere Demonstrationen und Kundgebungen werden vom kapitalistischen Staat nicht erlaubt. Am 1. Mai findet auch in Olpe keine DGB-Kundgebung statt, wo unsere KollegInnen für ihre Arbeitsplätze demonstrieren könnten.

Der geplante Abbau muss solange auf Eis gelegt werden, bis Versammlungen und Kundgebungen nach Artikel 8 wieder erlaubt sind!

Nur der Tod ist „unausweichlich“, Herr Kroos! Alles andere ist von Menschen gemacht und veränderbar. In diesem Sinne:

Wer bei TK in Lütringhausen arbeiten darf, darf auch die Werkstore besetzen!

RIR zum 1. Mai 2020

